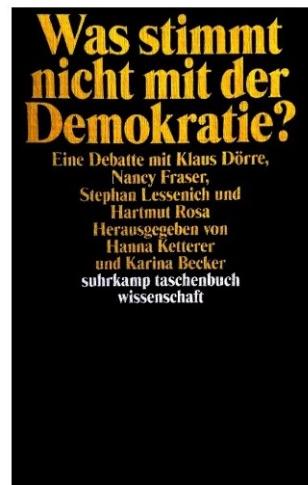


# Wir brauchen so etwas wie eine Gemeinwohlkonzeption



Herausgegeben von Hanna Ketterer und Karina Becker, [Leseprobe](#), 978-3-518-29862-6

Während die einen das politische System zu ihren Gunsten manipulieren können, üben sich die anderen in einem überdurchschnittlichen Ausmaß in politischer Abstinenz. Sie verzichten auf ihr Wahlrecht und reagieren auf ihre alltäglichen Ohnmachtserfahrungen mit einem Selbstausschluss aus dem politischen System.  
Klaus Dörre, S 38

Eine Herrschaftsform kann dann und nur dann Legitimität beanspruchen, wenn sie überzeugende Gründe dafür angeben kann, dem Gemeinwohl zu dienen – auch wenn die Antwort auf die Frage, was dafür gute Gründe sind, historisch variabel bleiben mag.

Hartmut Rosa, S 162

Was würde es denn heißen, Welt gemeinsam zu gestalten? Mein Vorschlag lautet: Wir brauchen so etwas wie eine Gemeinwohlkonzeption, weil Politik nicht einfach Interessendurchsetzung ist.

Hartmut Rosa, S 206

ARGE Gemeinwohlcontrolling  
Gemeinwohlcontrolling.net 

*Angesichts eines wachsenden Anteils an News-Deprivierten verliert Aufklärung ihre mögliche Schutzfunktion gegenüber autoritärer Politik und umso wichtiger wird die Stärkung „oppositioneller Alternativmacht“.*

---

Inhalt:

[Blick aufs Ganze](#)

[Wie schafft man Demokratie?](#)

[Auf dem Weg zu einer partizipativen Demokratie](#)

[Anmerkungen](#)

---

*Das englische Volk glaubt frei zu sein, es täuscht sich gewaltig, es ist nur frei während der Wahl der Parlamentsmitglieder; sobald diese gewählt sind, ist es Sklave, ist es nichts. ([J. J. Rousseau](#))*

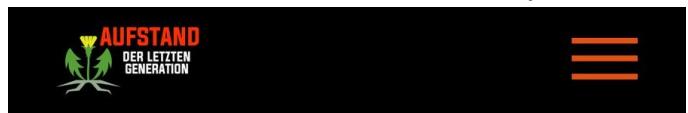
Die Herausgeberinnen des Buches [Was stimmt nicht mit der Demokratie?](#), Karina Becker und Hanna Ketterer, haben zu einem Gespräch geladen. Auf die Frage „**Worin wurzelt die Krise: in der Demokratie oder im Kapitalismus oder in beidem?**“ antwortete Hartmut Rosa u. a.:

Der Zwang zur Kapitalakkumulation – oder das, was ich als dynamische Stabilisierung bezeichne, der Zwang zu permanentem Wachstum, Beschleunigung und Innovation im Dienste der Kapitalakkumulation – muss stetig bedient werden, und dieser Zwang verunmöglicht die gemeinsame Gestaltung des Gemeinwesens. ...

Die interessantere Frage ist dann schon: Wie kommt man zu einer Überwindung dieser Blockade, die ich als Versteinerung oder Erstarrung des politischen Systems bezeichnen würde, damit dieser Prozess des gemeinsamen Gestaltens des Gemeinwesens wieder in Gang kommt? Da kann man durchaus auch noch mal fragen: Was würde es denn heißen, Welt gemeinsam zu gestalten? Mein Vorschlag lautet: Wir brauchen so etwas wie eine Gemeinwohlkonzeption, weil Politik nicht einfach Interessendurchsetzung ist. (S 206)

Im Jahr 2020 endete dieser „Zwang zur Kapitalakkumulation“ in unzähligen Tragödien, nachdem bereits zuvor die intensivmedizinische Behandlung selbst in deutschen Kliniken nicht mehr ausreichend gewährleistet werden konnte. Uniklinik-Pflegedirektorin Susanne Arnold wenige Monate davor: „[Auch das Universitätsklinikum Augsburg musste zeitweise schon Intensivbetten schließen](#)“. Schließlich führt dies zu Veränderungen in der politischen Landschaft, wenn „[die Sparmaßnahmen in der Sanität \[...\] betroffen macht](#)“. Obwohl jahrzehntelang vor den zunehmenden [Privatisierungen im Gesundheitswesen](#) gewarnt wurde: Gespart wurde trotzdem, aus Rücksicht auf die Interessen der Investierenden. Wenn nun aber ein Virus wie das SARS-Cov-2 auf ein „[geschwächtes System](#)“ trifft, dann deshalb, weil es im Rahmen einer „[Gesundheitspolitik für Reiche](#)“ krankgespart wurde. Ein Grund dafür liegt vermutlich weniger in einer bewussten Täuschung der gewählten Abgeordneten, als vielmehr in den Ideologien, die sie vertreten. Ist beispielsweise [Freiheit ihr höchstes Gut](#), dann entspricht im Fall einer Pandemie das Setzen auf „Herdenimmunität“ einer, wenn auch sehr kurzsichtigen, aber konsequent daraus abgeleiteten Haltung. So gesehen ist Sparen am Gemeinwesen „nur“ eine weitere Folge davon, die Freiheit des Einzelnen zu favorisieren.

In Ermangelung einer wirksamen Lobby (siehe „[ungleiche Responsivität](#)“) gibt es daher seit einigen Jahren in verschiedenen Ländern Bürgerräte ([Citizens' Assemblies](#)), die – wie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien praktiziert – beispielsweise [das Thema festlegen](#), über das die Bürgerversammlung diskutieren soll. Erst dann nämlich kann so etwas wie „Gemeinwohl“ überhaupt erst entstehen: durch [Konsensbildung](#).  
Tamara Ehs über die [korrigierende](#) Funktion der Bürgerkammer ([Bürgerrat](#)) im [Ostbelgien-Modell](#) im Speziellen und vermutlich in Bezug auf jede „zweite Kammer“ im Allgemeinen: „Mit dem Einbezug gewöhnlicher Bürger\*innen [Anm.: inkl. Nichtstaatsbürger\*innen] soll der Lobbyismus redemokratisiert werden, weil Meinungen von Menschen in den politischen Diskurs Eingang finden, die ansonsten aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihres Bildungsstatus in der politischen Elite kaum abgebildet sind.“ ([Krisendemokratie](#), S 103)



## 1. Die Menschen selbst

**entscheiden lassen:** In einem gelosten Bürger:innenrat ist die ganze Gesellschaft abgebildet.

## Blick aufs Ganze

Wenn wir uns bemühen wollen, den in Österreich ab 2010 eingeschlagenen Weg von der liberalen Demokratie zur Wahldemokratie durch Maßnahmen zur **Stärkung der Demokratie** umzukehren und diese gleichzeitig zu festigen, dann dürfen wir in dieser komplexen Materie nicht vor dem Blick aufs Ganze zurückschrecken. Mehr noch: diese Arbeit verlangt nach unserer Kritikfähigkeit und der Offenheit gegenüber ideologischen Vorstellungen ebenso wie der Hoffnung, dass eine Änderung der strukturellen Gegebenheiten möglich ist. Dazu bedarf es allerdings zivilgesellschaftlicher Anstrengungen, weil dies üblicherweise nicht als eine Aufgabe von Regierenden interpretiert wird. Deren Vorstellungen von „Demokratieförderung“ gehen in Richtung Verteidigung des status quo:

## Drei Ebenen der Demokratieförderung

Elisa Walter vom Deutschen Jugendinstitut stellte zudem einen Definitionsvorschlag vor, mit dem das Institut in der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsfelds arbeitet. Die verschiedenen Angebote, Maßnahmen und Strukturen der Demokratieförderung umfassen demnach folgende drei miteinander verschränkte Bereiche:

- Demokratieförderung als individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung,
- Demokratieförderung als Verfahrensentwicklung,
- Demokratieförderung als Struktursicherung und -entwicklung.

Quelle: <https://www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/demokratie-foerder-wie-geht-das-153>

Eine Chimäre, von der wir uns gleich zu Beginn verabschieden sollten ist die bequeme Idee, wonach das Recht in der demokratischen Republik Österreich vom Volk ausgeht (Art. 1 B-VG). Bereits Hans Kelsen gibt uns diesbezüglich den Hinweis, wonach „nicht das Volk (dessen Wille ohnehin nur ein fiktiver sei), sondern die Republik und ihre Institutionen“ souverän sind. Bei gleichzeitiger Abkehr von der liberalen Demokratie ist festzuhalten, dass wir unsere Bemühungen um die Stärkung der Demokratie genau dort ansetzen müssen: bei den **Institutionen**. Dies kann uns gelingen, indem die „Sache des Volkes“ [res populi] mittels diversitätsorientierter Partizipation am Gesetzwerdungsprozess mitwirkt. Damit führt die „Vielheit der einzelnen Bürger [besser noch: jener „Menschen, die hier leben,“] zur übergeordneten Einheit des Gemeinwesens“ [res publica] und gleichzeitig beugen wir so Spaltungstendenzen durch eine mögliche „Diktatur der Mehrheit“ vor. Wie nun aber das Gemeinwohl als wesentlicher Aspekt des republikanischen Verfassungsprinzips seine Wirkung auch in einer Parteidemokratie besser entfalten kann, das hat David van Reybrouck in „Gegen Wahlen“ wunderbar herausgearbeitet. Wie wir dessen Vorschläge eines *birepräsentativen Systems* realisieren, das müssen wir allerdings selbst herausfinden. In Belgien beispielsweise wurde hierzu G1000 als Plattform für demokratische Innovation gegründet. Einer ihrer Erfolge ist der „Bürgerdialog in Ostbelgien.. Eine weitere (erste) Möglichkeit auf dem Weg zu mehr politischer Teilhabe bieten Demokratiefestivals.

## Erfolge nur mit grundsolidem Aktionismus

Selbst der seit Jahrzehnten aktive **feministische (früher: Frauen-)Streik** am jeweiligen 14. Juni in der Schweiz (Beispiel: **Zürich**) zeigt, dass es für einen breiten Erfolg einen langen Atem zur Erreichung irgendwelcher Ziele in Richtung

„repräsentative, partizipatorische und aleatorische Demokratie“ (**Hubertus Buchstein**) braucht. Ohne breitenwirksamen Aktionismus sind Erfolge entweder kaum oder nur sehr eingeschränkt zu erwarten – siehe die seit 1997 existierende **Stiftung Zukunftsrat**.



## Wie schafft man Demokratie?

Diese (**Macht-**)Frage stellte Jan-Werner Müller im Untertitel seines im Jahr 2021 erschienenen Buches „Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit“. Zu einer seiner Antworten darauf führt er wie folgt:

„Lloyd Blankfein, ehemals Chef von Goldman Sachs und eingetragener Demokrat, erklärte während der Vorwahlen 2020: ‚Ich denke, es könnte mir schwerer fallen, Bernie zu wählen als Trump.‘ Nach Sanders‘ Attacke auf die ‚Milliardärsklasse‘ gefragt, meinte er:

Ich mag keine Ermordung durch Kategorisierung. Das halte ich für unamerikanisch. Ich finde, das ist destruktiv und maßlos. Ich finde, das ist ebenso schädlich für den amerikanischen Charakter wie Trump, der Gruppen von Menschen verunglimpt, denen er niemals begegnet ist. Aber wenigstens kümmert Trump sich um die Wirtschaft.

So können sehr Wohlhabende denn an rechtspopulistischen Parteien etwas Positives finden, weil sie ihren wirtschaftlichen Interessen dienen („wenigstens

Jan-Werner Müller

Freiheit,  
Gleichheit,  
Ungewissheit

Wie schafft  
man Demokratie?

Suhrkamp

kümmert Trump sich um die Wirtschaft‘). Die Mittelschichten wiederum können in diesen Parteien Retter des ‚wahren Volks‘ vor allerlei unwürdigen Anderen erblicken, ob das nun die Armen oder ethnische Minderheiten (oder beide) sein mögen. ‚Wir brauchen die Ängstlichen, um Mehrheiten zu bewegen‘, erklärte eine führende Politikerin der AfD dazu. Und die am schlechtesten Gestellten gehen erst gar nicht zur Wahl oder, falls doch, nur, um den etablierten Parteien per Protestwahl einen Denkzettel zu verpassen, wobei der rechtspopulistische Kandidat oft schlicht für das lauteste ‚Ihr könnt mich alle mal!‘ zu stehen scheint (um Michael Moores Äußerung über Trump zu zitieren).

In Jean Renoirs Film *Die Spielregel*, der in vielerlei Hinsicht von der Krise der Demokratie in den dreißiger Jahren handelt, meint eine Figur namens Octave, ‚dass jeder seine Gründe hat‘. Es ist unwahrscheinlich, dass man das, was manche für gute Gründe halten, ganz grundsätzlich ändern kann. Man kann jedoch die Anstrengung unternehmen, die Institutionen und die Wahlmöglichkeiten zu ändern, mit denen sie sich konfrontiert sehen. Und das heißt unter anderem: Die kritische Infrastruktur der Demokratie zu öffnen und umzugestalten.“ (S 54 f)

Erinnern wir uns dabei an die oben erwähnten Zitate von *Jean Jacques Rousseau* und *Hans Kelsen*.



ARGE Gemeinwohlcontrolling  
MIND THE GAP

Präventiv gegen Populismus:  
**Institutionalisierte Pluralismus**

In den vergangenen Jahren ist die Idee einer Loskammer auch in England verschiedentlich aufgegriffen worden. Anthony Barnett und Peter Carty schlugen im Kontext der Debatten in der Labour-Party über die Zukunft des ‚House of Lords‘ vor, die zweite Kammer nicht abzuschaffen oder ihre Kompetenzen einzuzgrenzen, sondern den Bestellungsmodus dahingehend zu ändern, dass ein Teil seiner Mitglieder künftig unter allen britischen Bürgern ausgelost würde. Unlängst ist der Vorschlag im Kontext einer Bilanz der englischen Verfassungsreformvorschläge neu aufgegriffen worden.

ISBN 978-3-593-38729-1, S 413 f

„Man kann jedoch die Anstrengung unternehmen,  
die Institutionen und die Wahlmöglichkeiten zu ändern, ...“

## Macht braucht Kontrolle

**Georg Mair:** „Macht braucht Kontrolle. Ohne Opposition keine Demokratie.“ Eine Kontrolle durch die Vielen allerdings, also durch den Souverän im Sinne von **J. J. Rousseau**, gibt es nur ohne den **Klubzwang** in den von *Partikularinteressen (Lobbies)* – inkl. *Bildungseliten* (siehe **Michael J. Sandel**) – beeinflussten politischen Parteien. Um ihre volle ausgleichende Wirkung – mitunter auch gegen eine „**Politik der Gesprächsverweigerung**“ – entfalten zu können, benötigt sie eine permanent eingerichtete Institution mit Abgeordneten, die „großzügig Zeit und Energie an die Gesellschaft“ verschenken.

*Um Lehren aus der Krise zu ziehen, muss man bereits den Regelzustand verändern. Hierzu könnte man [...] auch ohne Gesetzesänderung die Geschäftsordnungen des National- und des Bundesrats partizipativer interpretieren.*

Tamara Ehs  
Krisendemokratie, 2020, S 101 f

*„Es braucht eine kritische Masse von Menschen, die sich in ihrem Handeln an veränderten Leitbildern orientieren und damit die Leitbilder und dann auch das politische Handeln verändern.“*

*Johannes Wallacher, These 8*  
*(vgl. Erica Chenoweth)*

## Auf dem Weg zu einer partizipativen Demokratie

Nehmen nun private Akteure „Einfluss auf Abgeordnete und Regierung, um Gesetze, Richtlinien und Verordnungen so zu beeinflussen, dass wirtschaftliche und politische Macht sich verbinden,“ (Frank Schäffler), dann bedarf es neben der (Gemeinwohl-Kontrolle der Regierenden – zB via Zukunftsammer/House of Lots – auch einer Reduzierung der Einflussnahme – Stichwort: „selektive Responsivität“, – privater (Partikular-)Interessen<sup>1</sup> auf die

Während der Brexit "auch der Passivität der jungen Generation geschuldet" war: [welt.de/politik/ausland...](http://welt.de/politik/ausland/), blieben der Scooter-Wahl in Paris gleich 92 % fern. Die "Zufallsauswahl einer begrenzten Zahl von Bürger:innen für die Bildung von Panels" wäre besser als mehr #Partizipation.

ds démocratie.suisse / demokratie.schweiz

**Direkte Demokratie in der Schweiz**

Neue Erkenntnisse aus der Abstimmungsforschung

Hans-Peter Schaub  
Marc Bühlmann (Hrsg.)

Seismo

ALT

ten am stärksten aus. Die digital angestrebte Vergrößerung des Kreises von Partizipierenden, die Verbesserung der Informationsbasis sowie die gegenseitige Vernetzung bis auf die internationale Ebene bringen wenig Mehrwert für die Demokratie, solange der Mittelschichts- oder gar Oberschichts-Bild der Bürgerpartizipation nicht beseitigt wird. Mischen sich zivilgesellschaftliche Gruppierungen in die Geschäfte institutioneller Politik ein, kann dies zu Konflikten führen, die die Befreiungen, die der Demokratie vom System entstehen oder als „non-fit“ aus der politischen Arena ferngehalten werden. Nicht alle, aber viele dieser Probleme betreffen jene Gruppen der Unterschicht, die wenige organisatorische und konfliktfähig sind (Schärf 1972, 49). Soll die soziale Selektivität zivilgesellschaftlicher Partizipanz überwunden werden, gelingt das wohl weniger über die Digitalisierung als über Verfahren, welche gerade nicht auf die Selbstrekrutierung von Bürgerinitiativen beruhen. Dafür stehen verschiedene Varianten einer „partizipativen Demokratie“, die für die Bildung von Panels geeignet zu sein. Durch Diskutieren und beraten unter Mithilfe von Fachleuten verschiedene Optionen in einer öffentlichen Streitfrage (Dierel 2002, Blug 2017; Stojanović & Geisler 2019; Redlinger & Wetzel 2017; Frey et al. 2020). Wird das Verfahren institutionell anerkannt und die Gruppe ausgestattet mit Ressourcen, Expertise und Zeit für die deliberative Erörterung ihrer Streitfrage, so könnten sich die Vorteile equalitären Partizipations mit der Aufklärung von Teilnehmern über die eigene Meinung und deren Freiheit nicht dabei der Personenkreis der Partizipierenden beschränkt. Dennoch ist theoretisch wäre dies indessen dringlicher als die bloße Erweiterung bürgerschaftlicher Partizipation durch technische Hilfsmittel (siehe auch Bühlmann et al. 2019b).

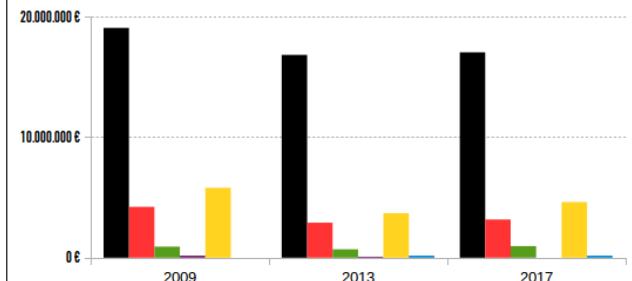
Quelle: Direkte Demokratie in der Schweiz, 2022, S 30.  
<https://www.demokratie.schweiz/de/dokumente/whitepaper/partizipation-in-schweizer-demokratie>

Das dafür prädestinierte und institutionell anerkannte Verfahren heißt in Österreich BUNDES RAT, die zweite Kammer des Parlaments.

### Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden

Quelle: Deutscher Bundestag. Berechnungen: LobbyControl

Lobby  
Control



Grafik: <https://www.lobbycontrol.de/2019/01/so-wurde-der-bundestagswahlkampf-weitgehend-finanziert>

# Partizipativer Bundesrat als DIE „repräsentative Vertretung aller Bevölkerungsschichten“

Die Möglichkeiten zur Verbesserung dieser unzureichenden Kontrolltätigkeit durch den Bundesrat sind zahlreich. Im

diesbezüglichen Vorschlag von [Karl-Martin Hentschel](#) bildet die zweite Kammer den „[Senat der Regionen](#)“ und die zusätzlich eingeführte „[Vetokammer](#)“ soll eine „repräsentative Vertretung aller Bevölkerungsschichten“ (2017, S 21) gewährleisten. Denkbar ist aber auch eine Integration der Vetofunktion in eine reformierte zweite Kammer.



Politik. Andernfalls würde beispielsweise das Gesundheitswesen in einer Welt des freien Kapitalverkehrs

[„zunehmend dem Wettbewerb“](#)

überlassen, mit verheerenden Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge [auch abseits einer Epidemie](#). Insofern ist „[Lord Actons Dictum](#)“ mittlerweile ebenso zutreffend, wenn es lautete:

**Macht korrumptiert, globale Macht korrumptiert global.**

Genau dort, wo die vielen „[Vorteile für die sozioökonomische Entwicklung](#)“ (S 1) enden, beginnen die „Strukturen des Unrechts“ (S 8) Unfreiheit zu produzieren. Wir müssen keine Propheten sein, um zu erkennen, dass wir dieser ins Dunkle sich entwickelnden Freiheit (zB durch [Deregulierung](#)) Gerechtigkeit abzuringen (vgl. [Jean Baptist Lacordaire](#)) haben. Gerichte können ihre Funktion als „Auffangnetz“ ([Daniel Ennöckl](#)) aber auch nur dann wahrnehmen, wenn zuvor die Politik *nicht* versagt, indem sie ihre Hausaufgaben macht. Doch selbst dann, wenn im Verfassungstext eines Landes festgeschrieben ist, dass „[die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit \[...\] dem Gemeinwohl \[dient\]](#)“, ist damit ein „menschenwürdiges Dasein für alle“ noch nicht gewährleistet. Und wer auf die (langfristige) Wirkung von – zB [Politischer – Bildung](#) vertraut, kann mitunter enttäuscht feststellen, dass diese ganze Staaten in Geiselhaft nehmen kann: Michael J. Sandel spricht diesbezüglich von „[Erbaristokratie](#)“. Die Überlegungen von Hartmut Rosa sollen uns eine Orientierungshilfe sein zur Beantwortung der Frage, wie die von ihm erwähnte **Gemeinwohlokonzption** aussehen könnte.

[Tamara Ehs](#) am Beginn des Kapitels „Utopie“ in ihrem Essay *Krisendemokratie* (2020):

„Im Grunde ist es auch egal, wo wir mit der Demokratisierung beginnen; wichtig ist nur anzufangen.“

Wichtig dabei ist die Erkenntnis, dass „[die Beziehungen zählen](#)“ bei der Gestaltung von (Rahmen-)Bedingungen für ein *gutes Leben für alle*:

„... erst eine [innere Bekehrung](#) verwandelt die äußeren Umstände, aber zugleich [stützen und ermöglichen äußere gerechte Zustände](#) eine innere Bekehrung des Menschen zum Guten, der ohne [äußere Gerechtigkeit](#) der inneren Lieblosigkeit zum Opfer fiele.“

[Peter Schallenberg](#), in: *Zivilökonomie*, 2013, S 23

# Wie funktioniert der Bikameralismus in der Schweiz?

Wieder einmal zeigt uns die Schweiz wie's geht: mit zwei gleichberechtigten Kammern und wechselnden Mehrheiten, „**je nachdem, welche Parteien sich bei einem Geschäft einig sind.**“ Bevor es zu einer gegenseitigen Blockade durch fehlenden Konsens zwischen den beiden Kammern des **Milizparlaments** (Keine Berufspolitiker-innen!) Nationalrat und Ständerat kommt, „geht ein Geschäft zur Differenzbereinigung von einer Kammer in die andere.“

Sondern nur eine technische Regierung, weil die HDZ die Repräsentanz über ihre Macht im Haus der Völker – der zweiten Parlamentskammer – blockiert, um so ihre nationalpolitischen Forderungen durchzusetzen. Wegen dieser Blockade können auch keine Richter für das Verfassungsgericht der Föderation nachbesetzt werden.“

Bosnische Medien zufolge will Schmidt nicht nur den Weg zur Ernennung der Richter freimachen, sondern auch die Delegiertenwahl für das Haus der Völker ändern. Das mächtige Haus der Völker wird indirekt über die Wahlen der Kantonsvertreter zu entsenktet. Deswegen sind die Kantonsvertreterwahlen am Superwahltag besonders wichtig. Gerade weil sich das Haus der Völker so vieles blockiert werden kann, hat ein unabhängiger Bürgerrat – aus allen Gruppen im Lande – kürzlich die Abschaffung der Kammer gefordert.

Text oben: <https://twitter.com/ArnoNiesner/status/1576817944209727488>  
Links: Ausschnitt aus "Zwischen Demokratie und Dekompatibilität" von Adelheid Wolf aus Sarajevo, Der Standard, 2022-10-03, S 3

Weil eine Zweite Kammer einen wichtigen Kräfteausgleich während der Legislaturperioden bieten kann:

[gemeinwohlcontrolling.net](http://gemeinwohlcontrolling.net/) / [gemeinwohl-con.org](http://gemeinwohl-con.org/)..., sollte sie nicht, wie derzeit von einem Bürgerrat in Bosnien-Herzegowina gefordert, leichtfertig abgeschafft, sondern vielmehr reformiert werden.

## Differenzbereinigung



Entscheiden Nationalrat und Ständerat unterschiedlich, geht ein Geschäft zur Differenzbereinigung von einer Kammer in die andere. Dabei nimmt es den Weg durch die vorberatenden Kommissionen. Falls sich National- und Ständerat auch nach drei Runden nicht einig sind, findet eine Einigungskonferenz statt. Ohne Einigung ist das Geschäft erledigt.

Quelle: <https://www.ch-info.swiss/edition-2022/das-parlament/besonderheiten-des-parlaments>

## Anmerkungen

1 | Partikular– oder Einzelinteressen haben gegenüber dem Gemeinwohl durchaus ihre Berechtigung, sofern sie für die Betroffenen existenziell bedeutsam werden.

2 | Paul M. Zulehner: „Gesellschaftliche Veränderungen als Herausforderung an den Diakonat“

Die Integration der Gesamtgesellschaft soll durch eine *gesellschaftliche Gemeinschaft* („societal community“) erreicht werden, also letztlich durch eine Soziodizee des Gemeinschaftlichen, die die Partikularismen zugunsten des Gemeinschaftlichen und damit Allgemeinen aufheben soll ...

Armin Nassehi, Unbehagen, München: C.H.Beck, 2021, S 287



Den Einzelnen fehlt der Überblick über die Wirkungen ihres Handelns im Gesamtgefüge und es fehlt eine Instanz, die dafür sorgt, dass die Interessen von Natur und Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt werden. Diese Instanz kann aber in einer Demokratie nur durch die Bürger bereitgestellt werden.

Olaf-Axel Burow  
in seinem Beitrag "ZukunftsKonferenz Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven",  
erschienen in "Politische Beteiligung",  
Hrsg. von Norbert Kersting, Wiesbaden:  
Springer VS, 1. Aufl., 2008, S 188



## Anhang

Im Einladungstext zum Workshop „[Demokratie statt Krise](#)“ mit Tamara Ehs am 25. 11. 2022 hieß es:

**Angesichts der zunehmenden Krisenanfälligkeit unserer Gesellschaft und der steigenden Ungleichheit schwindet nicht nur das Vertrauen ins politische System, sondern erschwert es zunehmend, langfristige kollektive Entscheidungen zu treffen.**

- Brauchen wir neue oder reformierte Institutionen, um unsere Demokratien zukunftsfit zu machen?
- Wie können bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen besser vertreten werden und Bürger:innen in politischen Prozessen aktiv mitwirken?

Nachdem die Republik Österreich im Jahr 2022 - nach entsprechender Entwicklung, die im Jahr 2010 begann - vom [V-Dem-Institut in Göteborg](#) zur Wahldemokratie herabgestuft wurde, sollte es uns nun darum gehen, jene [Parteidemokratie](#) partizipativ korrigierend zu [ergänzen](#), die sich nach den Erkenntnissen von Emanuel Towfigh „[offenkundig überlebt](#)“ hat.

Empfohlen wird dies von verschiedener Seite. Tamara Ehs & Stefan Vospernik meinen dazu: „Da klassische Parteien auch aufgrund des Vertrauensverlusts längst nicht mehr dazu in der Lage sind, die BürgerInnen umfassend zu repräsentieren, führt an einer verstärkten unmittelbaren Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen kein Weg vorbei.“ ([Demokratie aus Perspektive der BürgerInnen](#), in: Kritisches Handbuch der österreichischen Demokratie, Wien: Böhlau, 2020, S 113)

Franz Fallend, in: [Der Bundesrat in Österreich](#): „Für Lijphart [1984: 99-100] sind zwei Merkmale entscheidend für ein starkes Zweikammersystem (‘strong bicameralism’), nämlich eine inkongruente Zusammensetzung beider Kammern sowie ihre symmetrische, d.h. völlig oder annähernd gleichberechtigte Stellung im Rahmen der Bundesgesetzgebung. Im Bundesrat dominieren indes als Folge der in Österreich extrem ausgeprägten Parteienstaatlichkeit dieselben politischen Kräfte wie im Nationalrat, der Ersten Kammer.“

Mit einer partizipativer gestalteten Wahl der Abgeordneten zum Bundesrat könnten wir damit beginnen, unsere Gesetzgebung dem funktionierenden [Bikameralismus in der Schweiz](#) anzunähern. Die Ergebnisse des Klimarates stützen diese Überlegung. Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) hatte bereits im Jahr 2011 (!) in seinem Hauptgutachten „[Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation](#)“ die Einrichtung einer **Zukunftsammer** empfohlen:

„Um Zukunftsinteressen institutionell zu verankern, empfiehlt der WBGU zu erproben, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren um eine deliberative ‚Zukunftsammer‘ zu erweitern. Um interessens- und parteipolitische Einmischung zu vermeiden, könnte die Zusammensetzung dieser Kammer beispielsweise durch Losverfahren ermittelt werden.“

### Demos, Petitionen und Bürgerforen reichen nicht aus

**Mehr Demokratie wagen**, das kann auf viele Arten geschehen.

Demonstrationen werden nicht reichen. Petitionen auch nicht. Auch nicht, dass Parlamente sich den Rat von Bürgerforen holen, wie in Irland geschehen und wie es nun die freundlichen Radikalen von Extinction Rebellion vorschlagen: Nebenparlamente von aufgeklärten Bürgern, die einschneidende Maßnahmen erörtern und der Regierung vorschlagen, ohne dem Konkurrenzdruck und dem Opportunismus der parlamentarischen Parteien unterworfen zu sein. Denn für so etwas müssten die Parlamente sich allererst darauf einlassen.

Also: „Erklärt Euren Abgeordneten, was sie tun sollen“, das sagte Al Gore, der ehemalige US-Vizepräsident. „Und wenn sie es nicht tun, dann wählt sie ab. Oder kandidiert selber.“

Mehr Demokratie wagen, das bleibt ein Zirkel. Wer sich in ihn hineinbegibt, verändert diesen Zirkel – und sich selbst.

Und vielleicht fangen wir ja überhaupt mit der Demokratie wirklich erst jetzt richtig an – vielleicht hatten wir ja bis jetzt nur – Wachstum.

Quelle: [Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation](#), S 10 f

Weitere Hinweise siehe die in der Fußzeile genannte Webseite.

Links:

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/mehr-demokratie-wagen-eine-vision-und-was-aus-ihr-geworden-100.html>